

## Senkrechtstarter und Schmuttelkinder

China und Indien im Widerstreit der Meinungen

Dirk Nabers | **Wohin steuern Peking und Neu-Delhi? Die Urteile über die zwei bevölkerungsreichsten Staaten der Welt rangieren auf einer Skala zwischen kommende Weltmächte und der Verdammung als Autokratie (China), defizitäre Demokratie (Indien), als Sicherheitsrisiko und Umweltsünder. Vier Neuerscheinungen führen die Diskussion weiter.**



Georg Blume:  
*China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen.*  
Hamburg: Edition Körber-Stiftung, 2008, 104 Seiten, 10,00 €

Als Antipoden der neueren China-Literatur offenbaren sich Georg Blume, einer der profiliertesten deutschen China-Korrespondenten, und James Mann, ehemaliger Auslandskorrespondent der *Los Angeles Times* in Peking. Ein überraschend positives Bild des ostasiatischen Giganten zeichnet der über jegliche Wachstumsgläubigkeit und jeden naiven Parteiidealismus erhabene Georg Blume. Hintergrund seiner Streitschrift sind die Demonstrationen von Tibetern und deren brutale Niederschlagung im März 2008. Als unentschuldigbar wertet Blume die Gewalt der Zentralregierung, als sträflich den Umgang mit den Menschenrechten. Doch damit hat es sich auch schon. Nur hin und wieder wird der Leser mit der Fehlbarkeit des Einparteienregimes konfrontiert. Es dominiert eine optimistisch-zukunftsgerichtete Metaphorik, die den gesunden Mittelweg des sonst so stark abwägenden Journalisten zu oft verlässt. Zugegeben: Es handelt sich um eine Streitschrift in einer

stark polarisierten Debatte, in der ein undifferenziertes China-Bild zumal in Bezug auf Tibet dominiert. Es ist an der Zeit, der allzu verdammenden China-Kritik etwas entgegen zu halten. Doch hier überzieht Blume, indem sukzessive die gesamte deutsche und internationale China-Kritik ins Kreuzfeuer gerät. Angela Merkel habe die deutsch-chinesischen Beziehungen mit ihrer Tibet-Politik auf einen Konfrontationskurs gebracht, während in den USA eine auf Einbindung gerichtete Stimmung herrsche. Mit Rousseau, Hegel, Max Weber, Eisenhower und Kiesinger stehe Merkel in einer langen Tradition der China-Verächter. Heute werde dieses Bild durch die westliche Presse fortgezeichnet. Blumes Fazit: Chinas Modernisierungsprozess ist widersprüchlich, aber unterstützenswert. Am Ende bleibt ein mulmiges Gefühl, und man möchte dem Autor nicht unbeschränkt zustimmen.

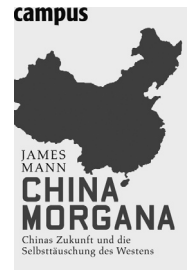
Gleiches gilt für James Manns „China Morgana“ – ein Buch, das ein

weitaus pessimistischeres China-Bild konstruiert und damit eher dem Mainstream zuzuordnen ist. Wie so oft handelt es sich um einen amerikanischen Sachbuch-Bestseller, der seinen Weg mit einer ausgetüftelten Werbestrategie in die deutschen Buchläden fand. Das ist aus der Sicht des Lesers mit knappem Lektürebudget ebenso bedauerlich wie in Blumes Fall. Über China selbst erfährt man hier so gut wie nichts, über den inneramerikanischen Diskurs zu China umso mehr, über Sprache, Bilder, die Kraft der Symbole und diffamierende Etiketten.

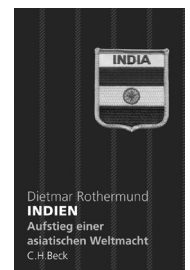
Mann spricht vom „Schönreden“ einer gefährlichen Autokratie mit leninistischem Anstrich und entwickelt drei Szenarien: ein Beschwichtigungsszenario, nach dem die wirtschaftliche Öffnung des Landes unweigerlich in einer umfassenden Demokratisierung münden wird; ein Aufruhrszenario, das China angesichts von sozialer Ungleichheit und Territorialkonflikten auf ein Desaster zusteuern sieht; schließlich ein drittes Szenario, das ein prosperierendes, dabei allerdings sämtliche diplomatischen Spielregeln verachtendes, höchst undemokratisches China antizipiert. Das dritte Szenario erscheint Mann am wahrscheinlichsten und gleichzeitig gefährlichsten zu sein. Wie im Falle Blumes kann man dem Autor nicht richtig folgen. Bei beiden Büchern handelt es sich um Stellungnahmen in einer Debatte, an der die breite Öffentlichkeit nicht wirklich interessiert ist. Was fehlt, sind belastbare Informationen über die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in China, Einsichten „von innen“, wie sie uns Blume in seinen journalistischen Beiträgen schon so oft geliefert hat.

Weit lesenswerter sind da zwei Neuerscheinungen zu Indien. Noch immer weiß der Normalbürger viel zu wenig über dieses faszinierende Land; Indien scheint in der europäischen Politik wie in der medialen Berichterstattung marginalisiert. Zu Unrecht, wie aus Dietmar Rothermunds lesenswertem Werk über den Aufstieg dieser „asiatischen Weltmacht“ deutlich wird. Rothermund, Historiker und wohl einer der bedeutendsten Indien-Kenner Deutschlands, verbindet hier ein halbes Jahrhundert der Leidenschaft für das Land mit wissenschaftlicher Präzision und versteht es, fesselnde Berichterstattung mit kritischer Weitsicht zu koppeln. Von der Entstehung der föderalen Nation über Liberalisierung, Industrialisierung und Nuklearisierung wagt Rothermund einen Blick in die Zukunft, der angesichts eines unvergleichlichen Reservoirs an Humankapital optimistisch ausfällt. Was Indien neben dem demokratischeren System von China unterscheidet, betont Rothermund an vielen Stellen. Es ist dieser Vergleich, der das Buch zur Pflichtlektüre aller Indien-Interessierten macht.

Wer einen stärker politikwissenschaftlichen und aktuellen Fokus sucht, findet ihn im neuen Buch von Jakob Rösel und Pierre Gottschlich. Hier werden mit Hilfe systematischer Quellenrecherche die Grundpfeiler der indischen Republik analysiert: Föderalismus, Pluralismus, Säkularismus, Voluntarismus und Universalismus. Auf dieser Basis wird ein absolut überzeugendes, präzises und für die tiefere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema stimulierendes Bild des demokratischen Wandels, des ökonomischen Aufstiegs und der



**James Mann:**  
*China Morgana. Chinas Zukunft und die Selbsttäuschung des Westens.*  
Frankfurt/New York: Campus, 2008, 145 Seiten, 14,90 €



**Dietmar Rothermund:**  
*Indien. Aufstieg einer asiatischen Weltmacht.*  
München: Verlag C. H. Beck, 2008, 336 Seiten, 26,90 €



Jakob Rösel und  
Pierre Gottschlich:  
*Indien im neuen  
Jahrhundert.*  
Baden-Baden:  
Nomos, 2008,  
196 Seiten, 29,00 €

außenpolitischen Chancen des Staates gezeichnet, der sich in einem rapiden Transformationsprozess befindet. Obwohl sich seit einigen Jahren mit der Forderung nach mehr Zentralismus, einem aufkommenden Hindu-Nationalismus anstelle des Säkularismus und der Stärkung der Kasten einflussreiche politische Alternativen entwickeln, bleibt das demokratische Experiment in Indien nach dem Urteil der Autoren auf gutem Wege. Gestärkt durch die prosperierende und gut ausgebildete indische Diaspora wird das bald bevöl-

kerungsreichste Land der Erde seine Großmachtambitionen künftig noch selbstbewusster ausspielen. Mit Indien ist zu rechnen, so das Fazit der Autoren. Der alleinige Blick auf China verschleiert diese Perspektive.



Dr. DIRK NABERS  
ist Senior Research  
Fellow am German  
Institute of Global  
and Area Studies  
(GIGA) in Hamburg.

## Pulverfass mit Perspektiven

Pakistan steht am Scheideweg – der Westen sollte sich militärisch raushalten

Thomas Speckmann | **Erst flog beinahe die neu gewählte Regierung in die Luft, dann waren nach UN-Angaben Hunderttausende auf der Flucht vor den Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Islamisten im Nordwesten. Was wird aus Pakistan? Zwei Prognosen zwischen Demokratie und Desaster.**

Selbstmordanschläge, Terrorismus, Krieg sind seit Jahren die Schlagworte der Nachrichten aus Pakistan. Allein 2007 fielen fast 4000 Menschen der politischen Gewalt zum Opfer, darunter die frühere Ministerpräsidentin Benazir Bhutto. Wird sich das jemals ändern? Jochen Hippler wirkt zuversichtlich. Der in Duisburg/Essen und Bielefeld lehrende Politikwissenschaftler hält es für voreilig, Pakistan als gescheiterten oder scheiternden Staat abzuschreiben. Im Gegenteil: Die Regi-

onen mit geschwächter Staatlichkeit und unabhängigen Gewaltakteuren seien weiterhin klein und gesellschaftlich wie ökonomisch marginal. Sie stellten bisher weder eine Bedrohung für die Regierung noch für den Staat insgesamt dar. Ob sich das nach Ereignissen wie dem Anschlag auf das Marriott Hotel in Islamabad immer noch so sagen lässt, bleibt allerdings fraglich.

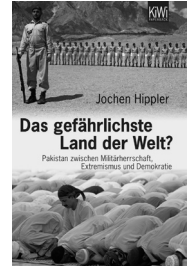
Auch Hippler gibt zu bedenken, dass der Kernbereich des Staates, das Militär, politisch geschwächt ist. Aber

es ist weiter institutionell intakt und funktionsfähig. Auch die zivilen staatlichen Behörden leiden nach Hipplers Analyse zum Teil weiter unter Funktionsdefiziten, scheinen aber im Vergleich zum schleichenden Erosionsprozess in den neunziger Jahren stabiler und funktionsfähiger. Die politischen Parteien bleiben schwach, haben allerdings durch ihren Widerstand gegen die Militärherrschaft an Ansehen gewonnen. Und die Wirtschaft ist deutlich stärker als in den neunziger Jahren, auch wenn sie aufgrund der politischen Instabilität und erschwerten Sicherheitslage an Dynamik verloren hat. Für das Haushaltsjahr 2007/2008 liegt die Wachstumsrate nach einer Schätzung der Nationalbank bei gut sechs Prozent.

Eine Machtergreifung extremistischer Kräfte schließt Hippler auf absehbare Zeit aus. Radikale religiöse Parteien werden durch Wahlen nicht an die Macht gelangen, da ihr Wählerpotenzial meist bei fünf Prozent liegt – gegenwärtig noch deutlich darunter. Auch eine revolutionäre Machtergreifung der religiösen Kräfte hält der Autor für höchst unwahrscheinlich. Spekulationen, islamistische Kräfte im Militär könnten die Macht an sich reißen, weist Hippler gleichfalls zurück: Das höhere Offizierskorps instrumentalisiert zwar immer wieder religiöse Gruppen, ist aber selbst im Kern säkular. Folglich stellt sich für Hippler auch die Frage nach der Sicherheit der pakistanischen Atomwaffen weniger dringlich, als dies oft getan wird: Frühere kriminelle Machenschaften zum Verkauf nuklearer Technologie durch den Atomwissenschaftler Khan seien inzwischen unterbunden, Pakistans Arsenale unter sicherer Kontrolle.

Hippler prophezeit, dass Pakistan in absehbarer Zeit ein Bodensatz an Gewalt und lokaler Instabilität erhalten bleibt, weist aber zugleich auf ermutigende Entwicklungen hin. Die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratie etwa, und das ist vielleicht der wichtigste Befund seiner profunden Studie, werde nicht allein von westlich orientierten Intellektuellen vertreten, sondern habe in der Gesellschaft tiefe Wurzeln geschlagen. Das unterscheidet Pakistan von einer Reihe von Ländern im Nahen und Mittleren Osten, in denen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch das amerikanische Verhalten im Irak als diskreditiert erscheinen. Folglich sieht Hippler Pakistan an einem Scheideweg angelangt: Entweder es ergreift die historische Chance zur Überwindung seiner Dauerkrise oder es bleibt weiter eine Geisel unfähiger und korrupter Politiker.

Zu diesem Urteil gelangt auch ein Journalist, der Pakistan wie kaum ein anderer kennt. Für einen wirklichen Neuanfang sind nach Tariq Alis Beobachtung jedoch weitreichende Strukturreformen nötig. In seinen Augen ist die eklatante Unausgewogenheit der pakistanischen Entwicklung das zentrale Problem: Etwa 56 Millionen Pakistaner, fast 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, leben unter der Armutsgrenze. Um das zu ändern, müsste man eine Landreform durchführen, welche die wirtschaftliche und politische Macht, die sich bisher auf die Grundherren beschränkt, gleichmäßiger verteilt, die ländliche Armut abbaut und Bauern und bäuerliche Genossenschaften unterstützt. Ferner hält Ali es für dringend geboten, eine funktionierende soziale Infrastruktur für die breite Bevölkerung aufzubauen, und das auf drei Ebenen:



Jochen Hippler:  
*Das gefährlichste Land der Welt? Pakistan zwischen Militärherrschaft, Extremismus und Demokratie.*  
Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2008,  
304 Seiten, 9,95 €



Tariq Ali:  
*Pakistan. Ein Staat zwischen Diktatur und Korruption.*  
 München:  
 Diederichs 2008,  
 334 Seiten, 22,00 €

dem Bildungswesen, der Gesundheitsversorgung und der Bereitstellung von Wohnraum. Auch eine Justiz- und Rechtsreform, vor allem die vollständige Gewaltenteilung zwischen Judikative und Exekutive, wären ein erster Schritt zur Wiederbelebung des dysfunktionalen Staates.

Um nachhaltig Frieden zu schaffen, plädiert Ali für eine Annäherung Pakistans an Indien und die Gründung einer Südasiatischen Union als Pendant zur EU. Das könnte zu einer friedlichen Lösung der Tamilenfrage und des Streites um Kaschmir, einer Senkung der Rüstungsausgaben und einer Verbesserung des Sozialstandards in der Region führen. Wie Hippler sieht auch Ali sein Geburtsland nicht vor der Machtergreifung der Dschihadisten. Im Gegenteil: Ali spricht in seinem klug komponierten und glänzend geschriebenen Buch aus, was

Amerikas Präsidenten verinnerlichen sollten: Wenn die Neokonservativen in der Bush-Administration oder ihre Nachfolger ihre Schreckensprophezeiungen erfüllt sehen wollen, müssen sie nur Teile Pakistans besetzen, seine Nuklearanlagen zerstören und dem Volk ein Marionettenregime vor die Nase setzen. „Die irakische Hölle würde sich dann ganz rasch nach Osten verlagern.“ Ob Barack Obama, der sich ähnlich wie George W. Bush für amerikanische Militäreinsätze im pakistanischen Grenzgebiet ausspricht, weiß, was aus diesem Land werden soll?



Dr. THOMAS  
 SPECKMANN  
 ist Referent in der  
 Staatskanzlei des  
 Landes Nordrhein-  
 Westfalen und  
 Lehrbeauftragter an  
 der Universität Bonn.

## Im Bann des Mahdi

Der Islamismus zwischen Gesetz und Gewalt

Joseph Croitoru | **Woher kommt der militante Islamismus – geografisch, historisch? Wie sieht der richtige Umgang mit den Fundamentalisten im Iran aus, wie der mit den Pragmatikern in der Türkei? Und wie lassen sich Europas Muslime besser integrieren? Neue Beiträge zu einer brisanten Debatte.**

Als angebliches Schlüsselereignis für die Entwicklung des militanten islamischen Fundamentalismus wird in jüngster Zeit der Sudan-Krieg (1896–

1898) wiederentdeckt. Dementsprechend erhielt auch der nun auf Deutsch vorliegende Bericht über den Sudan-Feldzug von Winston S. Churchill den

reißerischen Titel „Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi“. Dem sachlichen Ton des Autors wie des Übersetzers Georg Brunold wird indessen der Begriff „Kreuzzug“ in keiner Weise gerecht.

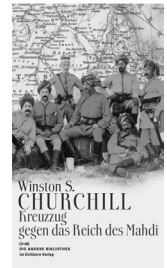
Denn Churchill hatte sich von der in England betriebenen Dämonisierung des sudanesischen Herrschers Mohammed Ahmed, der sich zum islamischen Messias, zum „Mahdi“, erklärt und die ägyptisch-osmanischen Besatzer samt ihrer britischen Helfer aus dem Land gejagt hatte, nicht anstecken lassen. Der nationale Befreiungskrieg der Sudanesen wurde aus Churchills Sicht weniger aus religiösen Gründen als wegen des ihnen zugefügten Unrechts geführt. Auch wenn Churchill in seinem Bericht ein Befürworter des britischen Kolonialismus bleibt, so zeigt er sich doch fähig zur Selbstkritik. Etwa wenn er die Folgen dieses asymmetrischen Krieges beschreibt, bei dem mit Hilfe moderner Waffen den weit unterlegenen Sudanesen enorme Verluste zugefügt werden, oder wenn er die Schändung des Mahdi-Grabs durch den britischen Oberbefehlshaber verurteilt. Gleichzeitig appelliert er an die Vernunft der Kolonialherren: Den Sudanesen solle man nun Ruhe gönnen, damit sie ihr Land wieder aufbauen können – wohlgemerkt unter britischer Verwaltung.

Auch Yaroslav Trofimov möchte ein für den militanten Islamismus angeblich zentrales Ereignis neu bewertet wissen. Wiederum geht es um das Phänomen des Mahdi. Ende der siebziger Jahre machte eine Verschwörergruppe messianisch orientierter Saudis ihre Anhänger glauben, einer ihrer Köpfe sei der Mahdi. Der Erwählte, der Dichter Mohammed Abdullah, musste allerdings vom Chefideologen der Extremis-

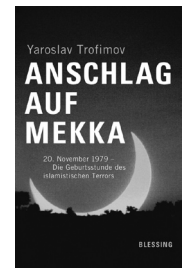
tengruppe, dem Beduinen Dschuhaiman al-Uteibi, selbst erst davon überzeugt werden, der Messias zu sein. Al-Uteibis Extremismus wurzelte Trofimov zufolge im radikalen Wahhabismus jener Beduinenstämme, die von der saudischen Königsfamilie bei der Staatsgründung unterworfen wurden.

Obwohl der Autor darauf hinweist, dass zu den Verschwörern auch ägyptische Islamisten gehörten, ignoriert er deren schon Jahrzehnte zuvor erfolgten Griff zur Gewalt im Namen der Religion ebenso wie die einflussreiche Lehre des Ägypters Sayyid Qutb, der die Legitimität der arabischen Staatsoberhäupter mit radikalislamischen Argumenten schon früh in Frage stellte. Ähnlich wie Qutb argumentierte Dschuhaiman, der seine Anhänger, darunter zahlreiche Ex-Soldaten, besonders mit seiner Vision einer globalen islamischen Revolution begeistert zu haben scheint. Diese sollte mit der gewaltsamen Übernahme der Kaaba in Mekka am 20. November 1979 eingeleitet werden. Die militärisch gut ausgerüsteten Rebellen leisteten den fast amateurhaft gegen sie vorgehenden saudischen Sicherheitskräften mehrere Wochen Widerstand. Erst mit Hilfe von französischen Terrorexperten gelang der entscheidende Gasangriff auf die mittlerweile in den Katakomben unter der großen Moschee in Mekka verschanzten Rebellen. Obgleich der „Anschlag auf Mekka“ keineswegs die „Geburtsstunde des islamistischen Terrors“ war, hatte er gewiss seine Wirkung. Inwieweit allerdings dadurch auch Bin Laden und Al-Qaida inspiriert wurden, wie der Autor suggeriert, bedarf noch der Untersuchung.

1979 flammte auch im Iran der – dem sunnitischen nicht unähnliche –



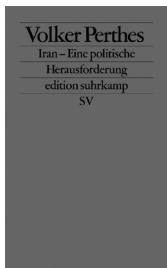
Winston S. Churchill, Georg Brunold (Hrsg./ Übers.): *Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi*, Eichborn Verlag 2008, 480 Seiten, 34,00 €



Yaroslav Trofimov: *Anschlag auf Mekka. 20. November 1979 – die Geburtsstunde des islamistischen Terrors*. Blessing Verlag, 2008, 384 Seiten, 19,95 €



**Manuel Samir Sakmani:**  
*Der Weg der Hizbullah. Demokratie-tauglichkeit, Konflikt- und Stabilisierungspotenziale im Libanon.*  
 Klaus Schwarz Verlag, 2008, 204 Seiten, 24,90 €



**Volker Perthes:**  
*Iran – Eine politische Herausforderung.*  
 Suhrkamp Verlag, 2008, 160 Seiten, 9,00 €

schiitische Glaube an das Kommen des Mahdi auf, mit dem der Ayatollah Khomeini assoziiert wurde. Die von ihm angeführte islamische Revolution sollte auch in den schiitischen Südlibanon exportiert werden, wo mit Unterstützung des Iran um 1982 die Hisbollah entstand. Die erste auf Deutsch verfasste Geschichte dieser Schiitenmiliz liegt nun vor.

Manuel Samir Sakmani, ein libanesischstämmiger deutscher Hochschuldozent, betont, dem Libanon auch persönlich verbunden zu sein. Im ersten, wissenschaftlichen Kriterien genügenden Abschnitt ist von der emotionalen Verbundenheit des Autors kaum etwas zu spüren. Umso stärker allerdings im zweiten, mit „Hizbullah und der Libanon“ überschriebenen Teil des Buches. Sakmani schließt sich hier, wenn auch im wissenschaftlichen Gewand, im Wesentlichen der Argumentation der Hisbollah an. So etwa in der Frage, ob die Organisation als terroristisch zu bezeichnen sei, was der Autor eindeutig verneint. Dabei ignoriert er allerdings, dass die Hisbollah noch Ende der achtziger Jahre ganz offen mit palästinensischen Terrororganisationen kooperierte – in ihrer Zeitschrift *Al-Ahd*, die Sakmani nicht konsultiert hat, ist dies nachzulesen. Indessen sieht der Autor in der Hisbollah einen entscheidenden innerlibanesischen Stabilisierungsfaktor und spielt ihre militant-islamistischen Bestrebungen auf eine für einen hiesigen Hochschullehrer bedenkliche Weise herunter. Sakmanis wiederholt vorgetragene Einschätzung, die Hisbollah stelle für den libanesischen Staat keine „akute Bedrohung“ dar, muss spätestens seit dem gewaltsamen Vorgehen gegen ihre libanesischen Gegner in diesem Frühjahr gründlich korrigiert werden.

An die Ankunft des Mahdi glaubt auch der iranische Präsident Achmadi-nedschad. Das macht ihn und seine Clique, wie Volker Perthes in seinem neuen Buch darlegt, für den Westen nicht gerade berechenbarer. Einem besseren Verständnis des Iran steht allerdings dessen einseitige Wahrnehmung im Westen im Weg. Gegen diese schreibt Perthes an und liefert ein sehr differenziertes Bild der iranischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die keineswegs von inneren Widersprüchen frei sei, aber durch ein starkes Nationalgefühl zusammengeschweißt werde. Über die künftige Entwicklung im Iran steht hier vieles im Konjunktiv, konkrete erhellende Beispiele aus der inneriranischen Diskussion hätte man sich häufiger gewünscht. An einer Annäherung an die USA und den Westen werde selbst die jetzige radikale Führung in Teheran nicht mehr lange vorbeikommen. Deshalb solle sich der Westen bemühen, eine „Entspannungspolitik“ einzuleiten, und zwar schon heute. Denn auch wenn unklar sei, ob der Iran den Besitz von Atomwaffen anstrebe – Perthes hält es für eher unwahrscheinlich –, verhindern ließe sich das von außen ohnehin kaum.

Als Bedrohung werden hierzulande bisweilen auch die türkischen Islamisten um Ministerpräsident Tayyip Erdogan empfunden. Dieses einseitige Bild korrigiert Rainer Hermann, *FAZ*-Korrespondent in Istanbul, in seinem Buch „Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei“ überzeugend. Der Konflikt zwischen Islamisten und Säkularisten reicht dem Autor als Erklärung für den türkischen Kulturkampf nicht aus. Gestützt auf die Studien der türkischen Soziologin Nilüfer Göle vertritt er die These, dass

es sich um den Gegensatz handelt zwischen einer westlich orientierten urbanen Elite, die den radikalen säkularistischen Staat und somit ihre privilegierte Stellung beharrlich verteidigt, und einer traditionell und islamisch geprägten Bevölkerung, die vom Land in die Städte gewandert ist, ohne ihren ländlich-religiösen Konservatismus ganz aufzugeben zu haben.

Den anhaltenden Erfolg der AKP führt der Verfasser in erster Linie auf die Anpassung an die EU-Normen vor allem in Recht und Wirtschaft zurück. Versucht die alte säkularistische Staatselite diesen so genannten EU-Prozess aus Machtkalkül zu bremsen, so versteht es die AKP, aus diesem Prozess Kapital zu schlagen. Kompromisslos in Fragen wie dem Kopftuchstreit, können die islamistischen Pragmatiker neben dem Wirtschaftsaufschwung auf Errungenschaften wie die Abschaffung der Todesstrafe und der berüchtigten Staatssicherheitsgerichte verweisen. Hermann empfiehlt, den Islamisten bei der weiteren Durchsetzung des türkischen EU-Prozesses entgegenzukommen. Erdogan habe die Türkei in eine geachtete Regionalmacht verwandelt, an der die EU nicht vorbeikomme.

Auch Nina zu Fürstenbergs Buch „Wer hat Angst vor Tariq Ramadan?“ kreist um die Frage, wie fundamentalistisch vermeintliche Fundamentalisten eigentlich sind. Hier geht es um den umstrittenen neokonservativen Intellektuellen schweizerisch-ägyptischer Abstammung Tariq Ramadan, nach Auffassung der Autorin kein Fundamentalist, sondern ein Reformist, der den in Europa lebenden religiösen Muslimen helfen will, sich besser in die europäischen Gesellschaften

zu integrieren. Im Umstand, dass Ramadan gleichzeitig zu einer Rückbesinnung auf einen islamischen Glauben neokonservativer Prägung aufruft, sieht die Autorin kein Problem: Schließlich könne man im heutigen Europa niemanden davon abhalten, für seine Religion zu missionieren. Hier würde man sich ebenso ein etwas strengeres Urteil wünschen wie bei der Verwendung von Koranzitaten, mit denen Ramadan Demokratieverständnis und Pluralismus im Islam zu demonstrieren sucht. So sollte etwa die vordergründig Toleranz suggerierende Koranstelle „Es gibt keinen Zwang in der Religion“ (Sure 2:256) im Kontext gelesen werden, in dem anschließend den „Ungläubigen“ mit dem „Höllengefähr“ gedroht wird. Gleichwohl ist die Bemühung der Autorin um einen interreligiösen Dialog, den sie auch als Direktorin der Stiftung „Reset – Dialogues on Civilizations“ unterstützt, lobenswert und konsequent, ebenso wie die um einen innermuslimischen Diskurs. Die Behauptung allerdings, die künftige Entwicklung des europäischen Islam werde prägenden Einfluss auf die Zukunft der islamischen Welt haben, wird ebenso wenig empirisch begründet wie die Annahme, ohne eine Dialogkultur, wie sie etwa Ramadan anstrebt, würden sich die europäischen Muslime nur noch weiter radikalisieren.



Dr. JOSEPH CROITORU ist Autor der FAZ mit den Schwerpunkten Naher Osten und Osteuropa.



Rainer Hermann: *Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei.* München: DTV, 2008, 320 Seiten, 14,90 €



Nina zu Fürstenberg: *Wer hat Angst vor Tariq Ramadan?* Freiburg: Herder 2008, 191 Seiten, 16,95 Euro